



Niederschrift Nr. 4

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 28. April 2009 von 18:01 Uhr bis 20:39 Uhr im Bürgersaal des Rathauses

Vorsitzender: Bürgermeister Richard Krieg

Zahl der anwesenden Mitglieder: 15 + BM = 16 (Normalzahl: 19)

Namen der nicht anwesenden Mitglieder:

Stadtrat Walter Kimmig	-	entschuldigt
Stadtrat Dr. Stefan Scheit	-	entschuldigt
Stadtrat Stefan Schuler	-	entschuldigt
Stadtrat Prof. Kühne		bis 18.08 Uhr
Stadträtin Hedwig Dufner		bis 18.15 Uhr

Schriftführer: Dr. Ludger Beckmann

Stadtverwaltung: Ortsvorsteher Hall, Ortsvorsteher Wehrle, Frau Grieshaber, Frau Klein, Herr Baumer, Herr Wekker, Herr Dold

Sonstige:

Besucher: 40

Presse: 2

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **09.04.2009** ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am **24.04.2009** bekannt gemacht worden ist;
3. der Gemeinderat beschlussfähig ist, weil mindestens 10 Mitglieder anwesend sind;
4. zur Unterzeichnung der Niederschrift Stadtrat **Erich Straub** und Stadtrat **Odin Jäger** bestimmt werden.

TOP Aktuelle Stunde

1

TOP Anfrage von Einwohnern (Bürgerfragestunde)

1.1

Bürgermeister Krieg begrüßt das zahlreich erschienene Publikum. Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte zu den Kindergärten vorzuziehen. Hiergegen gibt es keinen Widerspruch.

Aus dem Zuhörerkreis wird an Bürgermeister Krieg eine Anfrage gerichtet, bis wann die Wolflochstraße wieder hergestellt werde.

Nach Bürgermeister Krieg sei die Wolflochstraße keine Gemeindeverbindungsstraße. Sie sei früher sogar Landesstraße gewesen. Sie sei nun eine alte Straße mit Feldwegcharakter. Sie werde immer wieder von Zeit zu Zeit überwacht.

Eine weitere Anfrage aus dem Zuhörerkreis in Bezug auf das Kinderhaus wird von Herrn Bürgermeister Krieg nicht zugelassen.

TOP Bericht über die Erledigung von Gemeinderatsangelegenheiten

1.2

Der Bericht wird von Bürgermeister Krieg abgegeben:

Bebauungsplan Mischgebiet „Rohrbach – Im Dörfle“; Aufstellungsbeschluss
(Drucksache 489/2009)

Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135a – 135c BauGB (Ökokonto) (Drucksache 481/2009)

Kommunalwahl am 7. Juni 2009; Nachnominierung Gemeindewahlausschuss
(Drucksache 491/2009)

Einladung zur 1. Sitzung an den neuen Vorsitzenden und seinen Stellvertreter mit Terminplan und Mitgliederübersicht.

Hort an der Schule; Angebotsverlängerung (Drucksache 490/2009)

Herr Pfarrer v. Charmier wurde mit Schreiben vom 19.03.09 um Auskunft gebeten, ob eine Weiterführung des Hortes im Kindergarten Maria Goretti möglich ist.

Offene Jugendarbeit in Furtwangen; Konzeption der Kinder- und Jugendarbeit für 2009
(Drucksache 492/2009)

Es wurde gemäß dem Wunsch des Gemeinderates vorgemerkt, dass 2010 über die Realisierung der vorgestellten Pläne für 2009 vom Kinder- und Jugendbeauftragten berichtet wird.

TOP Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP)

2

In seiner Einleitung geht Bürgermeister Krieg auf die wirtschaftliche Situation und deren Folgen ein. Bei der Stadt Furtwangen im Schwarzwald seien entsprechende Anzeichen einer Krise erkennbar, es gebe erste Korrekturen bei der Gewerbesteuer. Es gebe nun keine vollständige Freigabe der Haushaltsbewirtschaftung. Die Planansätze seien nur bis zu 60 % verfügbar. Im Nachtragshaushalt würden nur die Projekte aufgeführt, die für das Konjunkturprogramm II als zusätzliche Maßnahmen

vorgesehen seien. Die Maßnahmen dürften nicht in einem Haushalt schon ausgewiesen worden sein. Es müsste das Kriterium der Zusätzlichkeit erfüllt werden. Im Blickpunkt stünde die Steigerung der Energieeffizienz der öffentlichen Gebäude, insbesondere der älteren Gebäudeteile am Otto-Hahn-Gymnasium.

Bürgermeister Krieg schließt nicht aus, dass es bei einem größeren Rückgang der Gewerbesteuer-einnahmen zu einem zweiten Nachtragshaushalt im Sommer kommen werde. 2008 werde ein ordentlicher Haushalt abgerechnet werden. Nach Jahren der Konsolidierung sei nun ein Wirtschaftseinbruch mit Diskussionen über Milliarden und Billionen eingetreten. Er befürchte inflationäre Folgen. Man solle nun Möglichkeiten sichern. Er möchte aber nach Beendigung des Programmes eine vernünftige Haushaltswirtschaft haben.

TOP Festlegung der Projekte

2.1

TOP Anträge freier Träger

2.2

TOP Erlass einer Nachtragssatzung

2.3

Herr Wekker hält den Sachvortrag gemäß Vorlage und Vorbericht Nachtragshaushaltssatzung.

Nach Bürgermeister Krieg solle man sich nun über den Nachtrag auseinandersetzen und anschließend über die Fachförderung reden. Bei den Pauschalen solle man den Fuß in die Tür stellen. Es stelle sich ihm die Frage der Rückzahlung bei Umwidmung von Schulen. Man solle sich auf das Otto-Hahn-Gymnasium konzentrieren. Die Wetterseite sei energetisch zu ertüchtigen. Die Sanierung der Sportanlage und der Treppenanlage stünden an. Mittels Energieeinsparung könne man den Schuldendienst tragen. Er fragt nach den anderen Ortsteilen.

Für Stadtrat Prof. Kühne müsse nun ein Spagat gemacht werden. Einerseits sei die Wirtschaft anzukurbeln, andererseits seien keine Schulden zu machen. Man solle also den Eigenanteil ohne Netto-Neuverschuldung leisten. Es gebe unstrittige Maßnahmen. Er fragt danach, ob wir die 160.000,00 Euro zusätzlich ausgeben. Es sei ein Beitrag zur Konjunktur. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Jung hat bei dem Thema Bauchschmerzen. Die Konzentration der Maßnahmen sei gut. Man müsse auf den Zug aufspringen, zukünftig würde man sonst leer ausgehen. Man könne es mitmachen. Die Priorisierung gefalle ihm aber nicht. Energetische Maßnahmen seien vorzuziehen. Die Maßnahmen 3 und 4 des Beschlussvorschlages sollten nach hinten gestellt werden, die Maßnahmen 5 und 6 demgegenüber vorgezogen werden.

Bürgermeister Krieg hat mit dem Vorschlag keine Probleme. Der Punkt 7 solle aber für kurzfristig notwendige Entscheidungen erhalten bleiben. Dies sei die Darstellung eines 2-Jahres-Programms in einem Haushalt. Am 15. August sei ein möglicher 2. Nachtragshaushalt denkbar.

Stadtrat Jung spricht sich dafür aus, heimische Handwerker zum Zuge kommen zu lassen. Er hat eine Frage zur Kreditmarkttilgung von 4.200,00 Euro.

Ortsvorsteher Hall spricht die Planansätzekürzung im Vermögenshaushalt an.

Dies gelte nach Bürgermeister Krieg nur für begonnene Maßnahmen.

Ortsvorsteher Hall befürchtet die Setzung des Planansatzes auf Null. Er fragt nach den Maßnahmen in Bezug auf die Sporthalle Schönenbach.

Nach Bürgermeister Krieg bleibe dies im Plan. Es würden aber zur Zeit keine Aufträge erteilt.

Stadtrat Hog signalisiert Zustimmung der SPD-Fraktion zu Punkt 1. Sanierungsmaßnahmen würden bevorzugt. Andere Maßnahmen sollten zurückgestellt werden. Er beklagt die rückläufigen Einnahmen bei der Gewerbesteuer.

Stadtrat Siedle beklagt eine Diskrepanz zwischen der Reduktion des Ansatzes der Gewerbesteuer um 5 % und den dennoch im Nachtrag ausgewiesenen 7,4 Mio. Euro. Diese seien zu hoch angesetzt. Es seien Fehlbeträge zu erwarten. Dies müsse allen klar sein.

Bürgermeister Krieg warnt davor, dies mit dem Nachtrag zu vermischen, sonst sei es keine Zusätzlichkeit. Fehlbeträge sollten vermieden werden. Auch Stadtrat Prof. Dr. Mescheder ist der Meinung, energetische Maßnahmen nach vorne zu stellen. Gegebenenfalls sollte man einzelne Maßnahmen ganz heraus nehmen.

Bürgermeister Krieg ist damit einverstanden, die Maßnahmen 3 und 4 gegenüber 5 und 6 vorzuziehen. Die Außenanlage an der Schule müsse aber gemacht werden. Auf der Tartanbahn könne ohne Unfallrisiko kein Sport mehr betrieben werden, dies bei einer Eliteschule des Sports.

Stadtrat Thurner berichtet von der fehlenden Zaunanlage. Der Platz habe aber nur einen größeren Riss.

Stadtrat Siedle spricht die Nachhaltigkeit an. Er sehe einen Widerspruch zwischen den Zahlen auf Seite 6 und Seite 12. Er bitte um Erläuterung.

Stadtrat Ebeling stimmt der Einschätzung von Herrn Thurner zu. Die Fenster an der Hauptschule seien wichtiger.

Stadtrat Jung weist auf die angedachten Sparmaßnahmen in Villingen-Schwenningen. Sei dies auch in Furtwangen möglich?

Bürgermeister Krieg möchte heute nicht über die Gewerbesteuer reden. Es komme auf die Agenda. Auch über die Umsatzsteuer sei zu reden. Die Zusätzlichkeit sei nur im Nachtrag darstellbar.

Stadtrat Jäger fordert keine Zustimmung zum Konjunkturprogramm II, wenn die Gewerbesteuer nicht erreicht werde.

Bürgermeister Krieg verspricht eine Beratung, wenn es besser absehbar wäre. Man halte den Daumen drauf. Durch den Nachtrag sei keine Ausgabenzustimmung erreicht. Dies sei nur eine formale Zustimmung, um ins Programm zu kommen.

Stadtrat Staudt geht noch einmal auf den Sportplatz am Gymnasium ein. Er nennt ihn absolut sanierungspflichtig. Es sei ein unzureichender Unterrichtsraum für Sportabiturienten.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder konstatiert, dass die Maßnahmen später einzeln aufgerufen werden. Es werde ein 2. Nachtragshaushalt erwartet.

Stadtrat Thurner fragt nach Biogas und möchte Holzhackschnitzel nachtragen lassen. Man einigt sich auf Holzhackschnitzel.

Bürgermeister Krieg erklärt nochmals die Änderung am Beschlussvorschlag. Unter Punkt 1.1 „Umstellung der Heizung im Bestand des Otto-Hahn-Gymnasiums auf Biogas“ wird ergänzt mit „oder Holzschnitzel“. Der Punkt 1.3 wird zu 1.5, der Punkt 1.4 zu 1.6, der Punkt 1.5 zu 1.3 und der Punkt 1.6 zu 1.4. Mit der neuen Reihenfolge stellt er den geänderten Beschlussentwurf zur Abstimmung:

Beschluss:

- 1 Zur Ausnutzung der Bildungs- und Infrastrukturpauschale sollen folgende Maßnahmen angemeldet werden:
 - 1.1 Umstellung der Heizung im Bestand des Otto-Hahn-Gymnasiums auf Biogas oder Holz-schnitzel
 - 1.2 Energetische Sanierung von Fenstern und Gebäudeteilen am Otto-Hahn-Gymnasium
 - 1.3 Austausch von Leuchtmitteln in Straßenlampen im Stadtteil Neukirch
 - 1.4 Maßnahmen zur energetische Sanierung des Gebäudes in der Bahnhofstraße 22 (EB TD)
 - 1.5 Sanierung des Sportplatzes am Otto-Hahn-Gymnasium
 - 1.6 Errichtung einer Musikarena (Theatertreppe)
 - 1.7 Die Verwaltung wird im Rahmen des Antragsverfahrens ermächtigt, zur vollständigen Ausnutzung der Pauschalen, Ersatzmaßnahmen zu melden.
- 2 Das Budget der freien Träger aus der Bildungspauschale wird auf maximal 101.300 Euro festgesetzt.

3 **Nachtragssatzung** der Stadt Furtwangen im Schwarzwald
für das **Haushaltsjahr 2009**
-ENTWURF-

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg in der Fassung vom 01. Juli 2004 (GBl. S. 469,489) hat der Gemeinderat am _____ folgende Haushalts-satzung für das Haushaltsjahr 2009 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan2009 wird wie folgt geändert:

Es erhöhen sich

1. Die Einnahmen und Ausgaben des

Verwaltungshaushaltes	um	0 Euro	auf	19.010.730 Euro
Vermögenshaushaltes	um	742.900 Euro	auf	4.810.100 Euro
<hr/>				
Haushaltsvolumen	um	742.900 Euro	auf	23.820.830 Euro

2. Der Gesamtbetrag der vorgese-henen Kreditaufnahmen um 167.200 Euro auf 259.600 Euro

3. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen bleibt unverändert.

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite bleibt unverändert

§ 3

Die Hebesätze bleiben unverändert

§ 4

Der Stellenplan bleibt unverändert

Furtwangen, den _____ 2009

Richard Krieg
Bürgermeister

Abstimmungsergebnis: 1 Nein, mehrheitlich Ja

Beratungsgrundlage war die Gemeinderatsdrucksache Nr. 506/2009 vom 06.04.2009.

TOP Bebauungsplan "Ortsmitte Linach"

3

Bürgermeister Krieg übergibt den Sachvortrag nach einleitenden Worten an Herrn Ortsvorsteher Straub.

Ortsvorsteher Straub beklagt den Rückgang der Einwohnerzahlen durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft. Im Flächennutzungsplan sei ein kleines Baugebiet ausgewiesen. Man werde nur einen kleinen Bebauungsplan aufstellen mit Buswendeplatz, kleinem Sportplatz, 5 Häusern und Parkplätzen. Das Wasser im Gemeindehaus war 2008 ein Problem. Ortsvorsteher Straub informiert den Gemeinderat über die Zustimmung des Ortschaftsrates. Man möchte aber einen etwas kleineren Sportplatz.

Stadtrat Jung unterstützt das Vorhaben. Ein Ortsmittelpunkt sei sehr wichtig. In Neukirch gehöre die Ortsmitte leider nicht der Stadt, so komme es zu einer wilden Entwicklung. Hier in Linach solle die Fläche der Stadt gehören.

Eine geregelte Grundstückssache sei nach Stadtrat Thurner Voraussetzung für einen Bebauungsplan. Er spricht die Frage der Trink –und Abwasserentsorgung an.

Nach Bürgermeister Krieg werden die Fragen kommen. Eine dezentrale Lösung müsse es geben. Der Buswendeplatz sei im Investitionsprogramm des Kreises. Hierauf stellt Bürgermeister Krieg die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Für den Bereich der Ortsmitte Linach wird ein Bebauungsplanverfahren zum Neubau von fünf Wohnhäusern, der Anlage eines Dorf-, Spiel- und Sportplatzes, öffentlicher Parkplätze sowie eines Buswendekreises auf der K 5732 erstellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja

Beratungsgrundlage war die Gemeinderatsdrucksache Nr. 498/2009 vom 01.04.2009.

TOP Bedarfsplanung Kinderbetreuung

4

TOP Örtliche Bedarfsplanung für die Furtwanger Kindertageseinrichtungen 2009/2010

4.1

Nach Bürgermeister Krieg sei das Thema in der Presse stark diskutiert worden. Es bestehe keine Gefährdung für die Kindergärten in den Stadtteilen. Er gibt das Wort nun an Frau Klein für den Sachvortrag.

Frau Klein hält den Sachvortrag gemäß Vorlage.

Bürgermeister Krieg gibt die Diskussion frei.

Stadtrat Hog möchte wissen, ob die Kindergartenbeiträge erhöht würden.

Nach Bürgermeister Krieg sei dies Sache der Träger, im Wesentlichen also der Kirchen oder kommunalen Verbände. Im Allgemeinen lägen die Beiträge zwischen 20 und 25 Prozent der Kosten. Der Rest werde zwischen Träger und Kommune aufgeteilt.

Stadtrat Jung möchte wissen, wie weit es für die Wohnortgemeinden verpflichtend sei, für deren Kinder eine Pauschale zu zahlen. Immerhin wären dies 8 % der Gesamtkosten. Er fragt, ob diese Regelung verbindlich sei.

Bürgermeister Krieg macht klar, dass dies der letzte Wink mit dem Zaunpfahl sei. Bisher hätten die betroffenen Kommunen meist auf freie Plätze in ihren eigenen Einrichtungen verwiesen. Die Nutzung sei dann eine freie Entscheidung der Eltern gewesen. Die Kosten der freien Träger müssten nun ausgeglichen werden. Es gebe Qualitätsunterschiede zwischen den Kindergärten. Es werde zurzeit ein Pauschalsatz verhandelt. Sollte dies aber nicht zum Ergebnis führen, müsste das Kindergartenengesetz geändert werden.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder spricht die Anlage 1 mit ihren Tabellen an. Er schneidet die Überlastung Neukirchs, die Situation beim Kindergarten Regenbogen, die zahlenmäßige Darstellung in der Tabelle B und die Konzentration der Auswärtigen auf St. Martin und Maria Goretti an. Er bittet um eine weitere Spalte der Auslastung in Tabelle A.

Nach Frau Klein sei die Situation beim Kindergarten Regenbogen an die Verhältnisse angepasst. TaPs biete alles Mögliche an. Es würden Kindergartenkinder, Schulkinder und Kleinkinder betreut. Die Zahl stehe nicht insgesamt für alle Kinder. Bei Neukirch würden die Kleinkinder doppelt gezählt, dies sei so üblich.

Stadtrat Prof. Kühne fragt danach, welche rechtlichen Konsequenzen es bei einer Überlast geben könne. Könnten Kinder abgelehnt werden?

Bürgermeister Krieg macht deutlich, dass dies eine Arbeitstabelle fürs Haus sei. Das Geburtenverhalten sei natürlich schwankend. Bis zu 10 % Differenz sei zulässig.

Stadtrat Prof. Kühne hakt nach und fragt nach den Konsequenzen für den Personalschlüssel.

Das Personal sei Trägerangelegenheit, so Bürgermeister Krieg. Die Entwicklung sei immer wieder anders. Man müsse Flexibilität wahren. Nach dem Gesetzgeber sei der 1. März als Meldetermin festgesetzt.

Stadtrat Riesle macht darauf aufmerksam, dass es in den Kindergärten immer wieder eine Diskussion der Elternbeiträge gebe. Er regt an, dass die Zusammensetzung der Kosten einmal im Amtsblatt veröffentlicht werden sollte. Diese sei nämlich vielen Eltern nicht klar.

Im Durchschnitt koste jeder Kindergartenplatz rund 325,00 Euro im Monat, so Bürgermeister Krieg. Der Elternbeitrag liege zwischen 70,00 und 85,00 Euro. Jede Angebotsart, sei es eine altersgemischte Gruppe oder eine Regelgruppe, führe zu anderen Kosten. Der Anteil der Personalkosten läge bei rund 80 bis 85 %. Die Stadt selbst trage in etwa noch einmal das Doppelte der Elternbeiträge, die übrigen Kosten würden über Zuschüsse gedeckt.

Stadtrat Riesle möchte wissen, ob es Unterschiede zwischen Kindergärten gebe.

Bürgermeister Krieg erläutert, dass die Träger die Kosten untereinander ausglich. Bei Zusatzleistungen könne man Zuschläge abrechnen, erhöhte bis zum Vierfachen bei Kleinkindbetreuung. Es bestehe eine Pflicht der Kommune bisher nur für 3 bis 6-jährige. Ab 2013 sei die Kleinkindbetreuung auch Pflicht der Kommune. Man gehe von 30 bis 35 % der Kinderzahl aus.

Nach Stadtrat Siedle solle man dies nicht zu breit und zu tief diskutieren. Es gebe zu viele Partner. In Freiburg könnte es dann zu Veränderungen kommen. In der Vergangenheit hatte Furtwangen ein sehr gutes Angebot. Er lobt das Engagement der Kindergärtnerinnen Sie leisteten verantwortungsvolle Arbeit im Interesse der Kinder. Für Auswärtige müsse man eine Lösung finden.

Stadtrat Thurner spricht die Umstellung der Beitragsberechnung auf das Württembergische Modell an. Er fragt danach, was das kostet.

Bürgermeister Krieg erläutert das Württembergische Modell. Danach sind die Elternbeiträge nicht mehr entsprechend der Anzahl der Kinder gestaffelt, die aus einer Familie einen Kindergarten besuchen, sondern auf Grundlage aller Kinder einer Familie unter 18 Jahren. In den württembergischen Landesteilen sei es deshalb auch zu höheren Beiträgen gekommen. Personalstellen würden durch die Verrechnungsstellen errechnet und nach Gemeinderatsfeststellung können dann die Kosten errechnet werden.

Im Anschluss stellt Bürgermeister Krieg die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Der örtliche Bedarf für das Kindergartenjahr 2009/2010 wird mit 284 Kindergartenplätzen festgestellt.
2. Diese Plätze verteilen sich wie folgt:
 - a) **Kindergarten Regenbogen**
49 Plätze in 2 Gruppen
 - b) **Kindergarten Maria Goretti/St. Martin**
160 Plätze in 8 Gruppen (ohne die 10 Plätze für die Betreuung von Kleinkindern)
 - c) Kindergarten St. Nikolaus, Schönenbach
25 Kinder in 1 Gruppe
 - d) Kindergarten St. Andreas, Neukirch
25 Kinder in 1 altersgem. Gruppe (RG)
Um eine Schulkindbetreuung zu ermöglichen, bleibt die Halbtagsgruppe mit 10 Kindern bestehen. Diese Gruppe ist nicht Bestandteil der Kindergarten-Bedarfsplanung.
Die Möglichkeit der Schulkindbetreuung im Rahmen der Verlässlichen Grundschule bleibt bestehen, soweit freie Plätze im Kindergarten vorhanden sind.
 - e) Kindergarten St. Johann, Rohrbach
15 Plätze in 1 Kleingruppe
 - f) Waldkindergarten
10 Plätze in 1 Kleingruppe
3. Der Aufnahme von Schülern im Rahmen des ergänzenden Betreuungsangebotes zur Verlässlichen Grundschule für das Schuljahr 2009/2010 in den Kindergärten Regenbogen, St. Johann und St. Andreas wird zugestimmt. Schulkindbetreuung findet im Rahmen von freien Kindergartenplätzen statt. Es wird jeweils der volle Kindergartenbeitrag für das Kindergartenjahr erhoben.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der zwischen kirchlichen und kommunalen Verbänden verabredeten Elternbeiträge mit den Trägern der Kindergärten zu verhandeln.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, den Interkommunalen Kostenausgleich für auswärtige Kinder entsprechend den von Städte- und Gemeindegang empfohlenen Pauschalbeträgen zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja

Beratungsgrundlage war die Gemeinderatsdrucksache Nr. 504/2009 vom 07.04.2009.

TOP Örtliche Bedarfsplanung zur Kleinkindbetreuung 2009/2010 (Krippenplätze) **4.2 Vorlage: GR/022**

Bürgermeister Krieg erklärt in seiner Einleitung die veränderte Vorlage. Er übergibt an Frau Klein den Sachvortrag.

Frau Klein hält den Sachvortrag gemäß Vorlage.

Bürgermeister Krieg gibt die Diskussion frei.

Stadtrat Prof. Kühne erinnert an die heftige Diskussion um die Kleinkindbetreuung in der Presse. Das kinderfreundliche Baden-Württemberg mache Druck auf die Kommunen. Dabei kämen die Zuschüsse vom Bund. Eine schnelle Entscheidung sei notwendig. Die Kleinkindbetreuung sei eine zusätzliche Leistung. Es käme zu höheren Personalkosten, aber es sei auch eine zusätzliche Absicherung der Kindergärten zu erwarten. Es gebe die betrübliche Situation mit 194 kleinen Kindern. Er fragt danach, ob der Zweitwohnsitz dort eingerechnet sei. 34 % seien zu realisieren, das sind 65 bis 70 Plätze im örtlichen Bereich, 9 Plätze im überörtlichen Bereich. Schwankungen seien in 9 bis 10 Monaten immer möglich.

Die Wahlfreiheit hänge vom Angebot ab. Die Fraktion habe kein Problem mit über 2-jährigen in altersgemischten Gruppen, darunter sei dies problematisch. Wenn beim Regenbogen die Mindestgröße von 7 Kleinkindern erreicht sei, sei der Antrag tragbar. Man müsse auf die Auslastung achten. Wirtschaftlich sei es nicht vertretbar bei 2 Kleinkindern eine Gruppe in den Ortsteilen zu etablieren. Mit dem Ausbau könne man nicht lange warten, gerade für die Hochschule sei das Attribut „kinderfreundlich“ ein Markenzeichen. Er erinnert daran, dass die Schaffung des Kinderhauses rund 1 Mio. Euro koste, die Stadt daran aber lediglich einen Anteil von 250.000,00 Euro zu tragen habe. Er schließt mit der Frage nach der Zweckbindung.

Nach Bürgermeister Krieg werde die Zweckbindung aufrecht erhalten, dazu habe man drei Jahre Zeit.

Stadtrat Hog äußert Zustimmung der SPD-Fraktion zur Vorlage. Er sehe aber keinen Träger für das Kinderhaus. Er bittet um Informationen hierzu. Schließlich regt er einen Personalpool der Kindergärten an.

Bürgermeister Krieg erklärt hierzu, dass die Trägerschaft weitgehend gesichert sei. Die vertragliche Gestaltung müsse aber noch ausgearbeitet werden. Man stehe in Verhandlungen mit der katholischen Kirche.

Stadtrat Hog wirft ein, dass die Ausstattung der Kindergärten für unter 2-jährige vielleicht nicht überall möglich sei.

Auch Stadtrat Becherer signalisiert Zustimmung zur Vorlage von der FWV/FDP-Fraktion.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder möchte wissen, ob die 17 Plätze in altersgemischten Gruppen in Maria Goretti machbar seien. Außerdem bittet er um Angaben, wo die Neuanmeldungen konkret registriert worden seien. Er stellt in den Raum, dass der Kindergarten Regenbogen wohl benachteiligt

sei. Abschließend fragt er, ob nicht mehrere Kinder aufgrund ihres Alters bald in den Regelkindergarten wechseln.

Frau Klein erläutert, dass sie nur Kinder gewertet habe, die jünger seien als 2 ¾ Jahre, um damit auf der sicheren Seite zu sein.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder stellt eine Zusatzfrage, wie viele Kinder am 1. September noch im Kleinkindalter seien.

Frau Klein antwortet darauf, dass das nur die 2, 3, und 4 Jahre alten seien.

Im Anschluss daran stellt Bürgermeister Krieg die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der **örtliche Bedarf für die Kleinkindbetreuung** wird für das Kindergartenjahr 2009/10 wie folgt festgelegt:

Maria Goretti/St. Martin	10 Plätze für Kleinkinder sind vorhanden, 17 Kleinkinder in altersgemischter Gruppe
Kinderhaus	20 Plätze im Kinderhaus in 2 Kleinkindgruppen
St. Andreas	2 Plätze in altersgemischter Gruppe
St Johann	1 Kleinkind ohne Änderung der Gruppenform
TaPs e.V. (Tagesmütter/Tagesväter-Pflegekinder-Service)	8 Plätze
Regenbogen	10 Kinder in einer Kleinkindgruppe, die eröffnet wird, soweit Anmeldungen für mindestens 7 Kleinkinder unter 2 ¾ vorliegen.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme ansonsten mehrheitlich Ja

Beratungsgrundlage war die Gemeinderatsdrucksache Nr. 505/2009 vom 27.04.2009.

Es tritt nun eine Pause von 19.09 bis 19.19 Uhr ein. Die Sitzung wird mit dem Tagesordnungspunkt 2 fortgesetzt.

TOP Satzung über Verkaufsoffene Sonntage 2009

5

In seiner Einleitung weist Bürgermeister Krieg auf den veränderten Termin der 4. EXPO-Gewerbeschau, die nicht am 7. Juni sondern erst am 19. Juli stattfinden wird. Dieser Termin ist unter § 1 Abs. 1 Punkt 1. zu ändern.

Nach Stadtrat Ebeling seien die Verkaufssonntage sehr gut angenommen. Es sei wie ein Familientag. Die Fraktion werde zustimmen.

Stadtrat Jung fordert eine generelle Regelung.

Nach Bürgermeister Krieg sei dies generell nicht möglich, es ist nur auf dem Satzungsweg einzeln machbar. Er stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Satzung zur Festsetzung von Verkaufssonntagen im Jahr 2009 wird erlassen.

Abstimmungsergebnis: 3 Nein, mehrheitlich Ja

Beratungsgrundlage war die Gemeinderatsdrucksache Nr. 494/2009 vom 03.04.2009.

TOP 6 Auftragsvergaben: Kinderhaus Furtwangen / Einrichtung von Kleinkindgruppen, Bahnhofstraße 7; Abbruch-, Rohbau, Trockenbau, Stukkateur-, Estrich- und Fassadendämmarbeiten

Die Stadträte Hermann und Sauter nehmen als Befangen im Zuhörerraum platz.

Stadtrat Thurner lehnt eine Zustimmung ab. Es gebe zurzeit auch keine Baugenehmigung. Es sei keine Prüfung von Alternativen vorgenommen worden. Nach Bürgermeister Krieg werde der Auftrag erst nach der Baugenehmigung erteilt werden können.

Stadtrat Riesle signalisiert Zustimmung der CDU-Fraktion.

Stadtrat Siedle fragt nach den Zuschüssen.

Bürgermeister Krieg gibt die Auskunft, dass die Fachförderung da sei. Der Ausgleichsstock werde erst im Juni entschieden. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Bürgermeister Krieg die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Nach beschränkter Ausschreibung werden folgende Aufträge erteilt:

1. Die Firma Hermann GmbH, Furtwangen, wird mit den Abbruch- und Rohbauarbeiten mit der Vergabesumme von 55.281,27 € beauftragt.
2. Die Firma Franz Sauter GmbH u. Co., Furtwangen, wird mit den Trockenbau-, Stukkateur-Estrich- und Fassadendämmarbeiten mit der Vergabesumme von 125.828,34 € beauftragt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja, 4 Nein, 3 Enthaltungen – somit mehrheitlich Ja

Beratungsgrundlage war die Gemeinderatsdrucksache Nr. 497/2009 vom 08.04.2009.

**TOP 7 Kommunalwahlen am 7. Juni 2009
7 Bildung des Gemeindewahlausschusses; Nachnominierung**

Als Beisitzer wird von der CDU-Fraktion als Mitglied Werner Dold und als stellvertretendes Mitglied Stefan Schuler vorgeschlagen. Als Beisitzer wird von der FWV/F.D.P.-Fraktion Jacques Barthillat als Mitglied und Horst Maier als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen. Bürgermeister Krieg stellt diesen Vorschlag zur Beschlussfassung vor und anschließend zur Abstimmung:

Beschluss:

In den Gemeindewahlausschuss für die Durchführung der Kommunalwahlen am 07. Juni 2009 werden gemäß § 11 Abs. 2 Satz 2 und 3 Kommunalwahlgesetz (KomWG) folgende Mitglieder nachnominiert und gewählt:

Funktion	Mitglied	Stellvertreter
Beisitzer/in (CDU-Fraktion)	Werner Dold	Stefan Schuler
Beisitzer/in (FWV/FDP-Fraktion)	Jacques Barthillat	Horst Maier

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja

Beratungsgrundlage war die Gemeinderatsdrucksache Nr. 502/2009 vom 09.03.2009.

**TOP Bekanntgaben, Anträge und Anfragen
8**

Bürgermeister Krieg verweist auf die Bekanntgabe:
Einladung zum Schulfest der Friedrichschule am 9. Mai 2009.

Da weder Anträge noch Anfragen vorliegen, beendet Bürgermeister Krieg die öffentliche Gemeinderatsitzung um 20.39 Uhr. Es tritt eine Pause ein.

Die Richtigkeit der Niederschrift Nr. 4 wird beurkundet.

.....
Richard Krieg
Bürgermeister

.....
Stadtrat
Erich Straub

.....
Dr. Ludger Beckmann
Schriftführer

.....
Stadtrat
Odin Jäger